



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Kolumbien

NEW YORK, 15. Januar 2020 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre volle und einhellige Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien und bekräftigten ihre Entschlossenheit, eng mit Kolumbien zusammenzuarbeiten, um bei der Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens voranzukommen. Sie begrüßten das anhaltende Engagement beider Parteien für die Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens, das in sein viertes Jahr geht, und unterstützten nachdrücklich die zu diesem Zweck unternommenen ergänzenden Anstrengungen der Verifikationsmission und des Landesteam der Vereinten Nationen. Sie begrüßten ferner die jüngste Unterstützungsbekundung Präsident Duques für die fortgesetzte und laufende Arbeit der Verifikationsmission. Sie betonten, wie wichtig das anhaltende feste Engagement der internationalen Gemeinschaft ist, um die Durchführung des Abkommens zu unterstützen und zu fördern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die inklusiven und vergleichsweise friedlichen Kommunal- und Departementswahlen im Oktober 2019, an denen die politische Partei Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes (FARC) teilnahm. Sie unterstrichen die zentrale Rolle der kolumbianischen Behörden auf allen Ebenen und über das gesamte politische Spektrum hinweg, einschließlich der neu gewählten Kommunalverwaltungen, bei der Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens, einschließlich der Entwicklungsprogramme mit territorialem Schwerpunkt, die mit starker Führung seitens der Regierung und einer starken Beteiligung seitens der Gemeinschaften vorangekommen sind. Sie ermutigten die kolumbianischen Behörden, die inklusive Entwicklung als ein wichtiges Element eines stabilen und dauerhaften Friedens weiter zu fördern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten ihre ernste Besorgnis über Meldungen über die ernste Sicherheitslage in mehreren Departements Kolumbiens und über die anhaltenden gezielten Bedrohungen, Angriffe und Tötungen, die sich gegen führende Persönlichkeiten der Gemeinwesen und der Gesellschaft, einschließlich aus indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerungsgruppen, und gegen ehemalige Mitglieder der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) richten. Sie riefen dazu auf, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen und wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit zu ergreifen, unter anderem durch die Ausweitung einer integrierten zivilen Präsenz und Sicherheitspräsenz des Staates auf die von Konflikten betroffenen Gebiete. Sie begrüßten die jüngste Sitzung der Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien und sahen mit Interesse deren laufenden Arbeiten entgegen, in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft eine Politik im öffentlichen Interesse zur Zerschlagung illegaler bewaffneter Gruppen zu erarbeiten, einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung der Einziehung von Kindern durch diese Gruppen. Sie drängten auf die Fertigstellung und Umsetzung des Aktionsplans der „Ressortübergreifenden Kommission für die Sicherheit weiblicher Führungspersönlichkeiten und von Menschenrechtsverteidigerinnen“. Sie begrüßten die Maßnahmen der Regierung zur Verstärkung des Schutzes ehemaliger Mitglieder der FARC-EP und befürworteten die Ausweitung dieser Maßnahmen auf informelle Siedlungen ehemaliger Mitglieder der FARC-EP.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats unterstrichen, wie wichtig die Durchführung aller Aspekte des Abkommens ist, einschließlich der Reform des ländlichen Raums, der politischen Partizipation, der Bekämpfung illegaler Drogen, so auch durch Ersatzaufbauprogramme, und der Unrechtsaufarbeitung. Sie ermutigten zur uneingeschränkten Nutzung der zu diesem Zweck geschaffenen Mechanismen, auch durch einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Parteien des Abkommens.

20-00598 (G)



Die Mitglieder des Sicherheitsrats stellten fest, dass der aus den jüngsten Protesten entstandene nationale Dialog die Chance eröffnen kann, unterschiedliche Sektoren, darunter Frauenorganisationen, indigene und afrokolumbianische Gruppen, Umweltgruppen und die Jugend, in die Konsensbildung im Rahmen der Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens einzubinden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Vereinbarung eines Fahrplans für die Wiedereingliederung und die Fortschritte bei der Genehmigung einkommenschaffender Projekte und der Bereitstellung von Basisdienstleistungen für ehemalige Mitglieder der FARC-EP. Sie begrüßten ferner, dass sich die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Mitglieder der FARC-EP nach wie vor zum Friedensprozess bekennt, und drängten zu beschleunigten Maßnahmen zur vollen sozioökonomischen, politischen und rechtlichen Wiedereingliederung dieser Personen, wobei der Schwerpunkt auf noch offene Fragen der Akkreditierung, auf Grund und Boden für einkommenschaffende Projekte und auf die Bedürfnisse der ehemaligen Kämpferinnen und der in informellen Siedlungen lebenden Menschen zu legen ist.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die kontinuierlichen Fortschritte, die die drei Komponenten des Integralen Systems für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung unter Beteiligung der Opfer erzielt haben. Sie bekräftigten ihre volle Unterstützung für die entscheidende Rolle dieser Komponenten im Friedensprozess und betonten, dass sie in der Lage sein müssen, unabhängig und autonom zu arbeiten.
